V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 8. Mai 2009, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.20 Uhr

anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;
2) die GVM. Vbgm. Alfred Jungwirth, Peter Prihoda, Michael Hausmann, Franz Mayrhofer, Ing. Johann Gruber und Günter Werner.
3) die GRM. Johann, Pramhas, Elfriede Lindner, Sieglinde Prihoda, Herta Jungwirth, Jürgen Irkuf, Eva Maria Hütmeyer, Katharina Brandstätter, Johann Zeilinger, Gerhard Neudecker, NR Dipl.-Ing.Gerhard Deimek u. Kornelia Haselsteiner;
4) die EM. Wolfgang Knogler, Karl Hiesmayr-Dorfer, Heinz Straßmayr, Gerhard Stanzinger u. Günter Ehrenhuber.

abwesend: die GRM. Gabriele Diwald, DI Dr. Walter Hinterberger, Franz Irkuf, Alfred Orlando, Karl Huber, Erich Lattner jun. und Walter Striegl.

**T a g e s o r d n u n g :**

1) Platzbedarf Kinderhort - Maßnahmen;
2) Anschaffung von EDV-Geräten – Mietvertrag;
3) Glasfaservernetzung OÖ. Gemeinden;
4) Kanal Bibermayrsiedlung; Vergabe der Projektabwicklung an den WV Kurbezirk Bad Hall;
5) Sanierung der Fassade der VS Pfarrkirchen;
6) Pfarrhofsanierung – Antrag gem. § 46 Abs. 2 OÖ. GemO 1990;
7) Güterweg Kleinort – Einreihungsverordnung;
8) Ansuchen um Beitrag aus der Fassadenaktion (Wimmer, Brandstätter);
9) Mobiles Jugendzentrum;
10) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass
a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
b) die Verständigungen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeindevorstandsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Bgm. Plaimer gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 9 „Mobiles Jugendzentrum“ von der Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wird und nimmt sodann die Angelobung des Ersatzmitgliedes Günther Ehrenhuber gem. § 20 Abs. 4 der OÖ. Gemeindeordnung vor.

TOP 1) Platzbedarf Kinderhort – Maßnahmen;

Der Bürgermeister berichtet:
Aufgrund der Anmeldungen für den Kinderhort ist absehbar, dass ab dem kommenden Schuljahr der bestehende Hort, der für max. 23 Kinder bewilligt wurde, um eine Gruppe erweitert werden soll, um die angemeldeten Kinder unterzubringen.

Am Do. 23. April 2009 fand in der VS Pfarrkirchen eine diesbezügliche Besprechung mit der Hortinspektorin Frau Heinrich statt.

Es wurde vereinbart, dass ab dem kommenden Schuljahr Räumlichkeiten der Volksschule, die am Nachmittag nicht benützt werden, dem Hort zur Verfügung gestellt werden.
Siehe beiliegenden Aktenvermerk.

*A k t e n v e r m e r k*

betreffend die geplante Horterweiterung ab dem kommenden Schuljahr 2009/2010.
Ortsaugenschein am Do., 23.4.2009 in der VS Pfarrkirchen.
Anwesend: 1) Bgm. Plaimer, AL. Kaip, GRM. Eva Maria Hütmeyer, Schulwart Helmut Hotz
2) VS-Dir. Irmtraud Malli, Hortleiterin Regina Huemer
3) Frau Mag. Weiglein (OÖ. Hilfswerk) u. Hortinsp. Frau Heinrich;

Bgm. Plaimer begrüßt alle anwesenden Personen zur heutigen Besprechung und erklärt, dass eine für alle zufriedenstellende Lösung gefunden werden soll und dass dies in der Wohlfühlschule bzw. in der Wohlfühlgemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall gemeinsam auch ermöglicht werden soll.
Derzeit ist der bestehende Kinderhort für max. 23 Kinder ausgelegt bzw. bewilligt. Durch die Aufnahme eines Integrationskindes verringert sich diese Zahl auf 20. Ab dem kommenden Schuljahr haben 11 weitere Kinder bzw. die Eltern ihr Interesse am Hortbesuch angemeldet, sodass eine Einrichtung einer 2. Gruppe notwendig wird. Für 11 Kinder braucht man einen Gruppenraum im Ausmaß von ca. 45 m².
Nachdem ein Kinderhort in einer offenen Gruppe, d. h. Zusammenführung der Gruppen von der Hortleiterin aus pädagogischen und ideologischen Gründen sofort abgelehnt wurde, ist es notwendig, die erforderlichen Räume im Schulgebäude unterzubringen bzw. Klassen einer Mehrfachnutzung zuzuführen.
Nach einer Besichtigung aller möglichen Klassen könnte folgende Lösung gefunden werden, die auch seitens der Hortinspektorin genehmigt werden:
Lernraum: dzt. Computerraum im OG (1 Spind ist dem Hort zur Verfügung zu stellen
Gruppenraum: dzt. Sprachzimmer
Baubereich: Stiegenhaus (unterhalb der Dachbodenstiege)
Prozedere:
Erstellung einer Kinderliste mit Bedarf (Betreuung an welchen Tagen und wie viele Stunden)
Einrichtungskonzept anfordern – Einvernehmen mit Hortinspektorin herstellen
Förderungsansuchen vor Auftragsvergabe
Hinweis: Fa. „Kinder in Bewegung“ Haslach
Bewilligung: Pläne der Räumlichkeiten erforderlich, Abt. Bildung, Frau Zeiner
Durch die Vergrößerung ist der Einbau einer Personaltoilette notwendig bzw. mit Mitbenützung der Lehrertoilette möglich sein.

Pfarrkirchen, 23. April 2009

Die Kosten für die Einrichtung der 2. Hortgruppe werden auf ca. 10.000 € geschätzt.

Antrag:
Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge grundsätzlich beschließen, dass ab dem kommenden Schuljahr 2009/2010 eine 2. Hortgruppe in den Räumlichkeiten der VS Pfarrkirchen eingerichtet wird und die Kosten von ca. € 10.000 übernommen werden, wobei um eine Landesförderung angesucht wird.
Voraussetzung ist jedoch, dass eine entsprechende Bedarfserhebung durch die Hortleitung der Gemeinde vorgelegt wird.
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als grundsätzlich beschlossen gilt daher, dass ab dem kommenden Schuljahr 2009/2010 eine 2. Hortgruppe in den Räumlichkeiten der VS Pfarrkirchen eingerichtet wird und die Kosten von ca. € 10.000 übernommen werden, wobei um eine Landesförderung angesucht wird.

Voraussetzung ist jedoch, dass eine entsprechende Bedarfserhebung durch die Hortleitung der Gemeinde vorgelegt wird.

TOP 2) Anschaffung von EDV-Geräten – Mietvertrag;

Der Bürgermeister berichtet:
Der Gemeindevorstand hat in der Sitzung vom 26.02.2009 den Ankauf von EDV-Geräten beschlossen. Es sollen die Geräte aber nunmehr doch geleast werden. Diesbezüglich liegt ein Mietvertrag der zwischen dem Anbieter Gemdat und der Gemeinde Pfarrkirchen geschlossen werden soll vor.
Das Mietverhältnis beginnt mit 01.04.2009 und soll auf eine Dauer von 60 Monaten abgeschlossen werden. Es wird eine sechsmonatige Kündigungsfrist jeweils zum letzten des Monats eingeräumt, wobei die Gemeinde erstmalig zum Ende des 60. Monats den Mietvertrag kündigen kann.
Bezüglich der übrigen Regelungen wie Preis, Zahlungsbedingungen, Lieferung Aufstellung, Wartungs- und Reparaturleistungen, Wertsicherung, Auflösung des Vertrages wird auf den gegenständlichen Mietvertrag verwiesen.
Begründet wird die Änderung des Kaufes in Leasing, dass die Gemeinde aufgrund der Korrektur der Ertragsanteile mit weniger Einnahmen zu rechnen habe.
Entsprechend dem Maschinenverzeichnis des Vertrages beträgt die monatliche Rate
€ 207,60 inkl. MWSt. (excl. € 173,--).

Antrag:
Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die EDV-Geräte entsprechend dem Maschinenverzeichnis des Mietvertrages geleast werden soll.
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die EDV-Geräte entsprechend dem Maschinenverzeichnis des Mietvertrages geleast werden.

TOP 3) Glasfaservernetzung OÖ. Gemeinden;

Der Bürgermeister berichtet:
Am 24. März 2009 haben die Herren Landesräte Dr. Josef Stockinger und Josef Ackerl eine Pressekonferenz zum Thema „Glasfaservernetzung für Oö. Gemeinde – Turbo für regionale Datenautobahn“ abgehalten.

Das Gemeinderessort des Landes OÖ. Hat mit der Breitband Infrastruktur GmbH (BBI) – ein Tochterunternehmen der oö. Elektroversorgungsunternehmen Energie AG Oberösterreich Data GmbH, Linz Strom GmbH, Oberösterreichische Ferngas Service GmbH und E-Werke Wels AG – einen Rahmenvertrag ausverhandelt, mit dem jetzt alle 444 OÖ. Gemeinden zu gleichen Bedingungen das moderne Datennetz nutzen können. LR. Dr. Stockinger und LR Ackerl beschreiben den Vorteil des modernen Datennetzes. Bis Mitte 2010 sollen alle OÖ. Gemeinden am derzeit modernsten Datennetz hängen. Diese Vernetzung mit der schnellsten Technologie ist weltweit einzigartig.

Datenübertragung auf Glasfaser ist völlig frei von Umweltbelastung. Daten als Lichtimpulse verursachen keinerlei elektromagnetische Strahlung.

Gewerbetreibende werden im Windschatten der Kommunen an die Datennetze anschließen können.

Vereinbart ist, dass die Gemeinden mit einer pauschalen Einmalzahlung in Höhe von € 15.000 einen Anschluss für alle öffentlichen Gebäude in der Gemeinde erhalten können.

Wahlweise kann dieser Betrag auch in vier Jahresraten zu je € 4.800 finanziert werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge möge die für die Glasfaservernetzung OÖ. Gemeinden notwendigen Verträge mit der Breitbandinfrastruktur GmbH und der Telekom Austria genehmigen und die notwendige Absichtserklärung – Glasfaseranbindung bis 20. Mai 2009 an die OÖ. Gemdat senden.
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die für die Glasfaservernetzung OÖ. Gemeinden notwendigen Verträge mit der Breitbandinfrastruktur GmbH und der Telekom Austria genehmigt werden und die notwendige Absichtserklärung – Glasfaseranbindung bis 20. Mai 2009 an die OÖ. Gemdat gesandt wird.

TOP 4) Kanal Bibermayrsiedlung; Vergabe der Projektabwicklung an den WV Kurbezirk Bad Hall;

Mit Bescheid vom 23. Februar 2009, Wa-2009-200538(36-Wab/El wurde die Erweiterung der Ortskanalisation für die Bibermayrsiedlung wasserrechtlich genehmigt.
Lt. Honorarnote von Herrn DI Weichselbaumer betragen die Herstellungskosten
Ca. € 300.000,--. Diese Kosten sollen nochmals überprüft werden, weil sie als
zu hoch angesetzt betrachtet werden. Nach Rücksprache mit Herrn DI Weichselbaumer rechnet er mit einer Kosteneinsparung von 5 % bis 10 %.
Allerdings müsste eine Ausschreibung noch in den kommenden 4 bis 6 Wochen erfolgen. Ein Anhängen an das Verbandsprojekt ist nicht möglich. Es muss daher die Abwicklung in einem eigenen Bauabschnitt erfolgen.
Zu entscheiden ist, ob mit der Abwicklung der Wasserverband betraut wird, oder die Gemeinde selbst. Herr Weichselbaumer spekuliert auch damit, dass eine Baufirma, die das Baulos des Wasserbandes abwickelt zu günstigen Konditionen noch dieses Baulos hinzunimmt.

Antrag:
Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Vergabe der Projektabwicklung an den Wasserverband Kurbezirk Bad Hall erfolgen soll
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die Vergabe der Projektabwicklung an den Wasserverband Kurbezirk Bad Hall erfolgt.

TOP 5) Sanierung der Fassade der VS Pfarrkirchen;

Der Bürgermeister berichtet:
Wie bereits mehrmals besprochen, ist es notwendig, dass bei der in den Jahren 2003 – 2005 general-sanierten Volksschule die Fassade im Bereich des Altbaues wieder zu sanieren, da durch aufsteigende Feuchtigkeit Schäden aufgetreten sind.

Vom Büro Arch. Kroh & Partner, Linz, wurde ein diesbezügliches Sanierungskonzept erstellt und dem Land OÖ. zur Prüfung bzw. um finanzielle Förderung vorgelegt.

Mit Schreiben vom 2. Sept. 2008 wurde der Gemeinde von der OÖ. Landesregierung, Abt. Bildung und Gesellschaft mitgeteilt, dass

a) Die geplanten Maßnahmen mit den angeführten Kosten von € 28.914,60 den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen und
b) der maximal als Schulmitteln förderbare Kostenrahmen von bisher € 1,424.000 incl. MWSt. Auf nunmehr € 12,452.915 incl. MWSt. erhöht wurde.

Es sollen die vorgesehenen Maßnahmen daher in den kommenden Sommerferien durchgeführt werden und das Arch. Büro Dipl.-Ing. Kroh & Partner mit der Umsetzung beauftragt werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass in den kommenden Sommerferien die Fassade der Volksschule Pfarrkirchen lt. Sanierungskonzept des Arch. Büro Kroh & Partner, Linz, vom 26. Juni 2008 saniert wird. Die Kosten für diese notwendigen Sanierungsmaßnahmen werden auf € 28.914,60 (incl. MWSt.) geschätzt und vom Land Oberösterreich gefördert.

GVM. Ing. Gruber erklärt, dass nach dieser Sanierung keine weitere Sanierung mehr notwendig sein soll und fordert eine Garantieerklärung bzw. eine größtmögliche Sicherheit sodass die Sanierung fachgerecht erfolgen soll und eine aufsteigende Feuchtigkeit nicht mehr möglich wird.

Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass in den kommenden Sommerferien die Fassade der Volksschule Pfarrkirchen lt. Sanierungskonzept des Arch. Büro Kroh & Partner, Linz, vom 26. Juni 2008 saniert wird. Die Kosten für diese notwendigen Sanierungsmaßnahmen werden auf € 28.914,60 (incl. MWSt.) geschätzt und vom Land Oberösterreich gefördert.

TOP 6) Pfarrhofsanierung – Antrag gem. § 46 Abs. 2 OÖ. GemO 1990;

Der Bürgermeister berichtet, dass die ÖVP-Fraktion einen Antrag gem. § 46 Gem0 1990 eingebracht hat und ersucht GVM. Mayrhofer um seine Berichterstattung.

Dieser führt aus bzw. beantragt:
Ich habe im Auftrag meiner Fraktion diesen Antrag gem. § 46 Abs. 2 Gemeindeordnung eingebracht. Es geht uns darum, dass der Gemeinderat eine Entscheidung treffen soll – einen Grundsatzbeschluss – über die geplante Pfarrhofsanierung, dass wir unser Interesse an evt. freiwerdenden Räumlichkeiten im Pfarrhofgebäude z.B. für Jugend, Seniorenaktivitäten, für verschiedene Vereine, Arztpraxen, Büros usw. bekunden, bei der Planung entsprechend mitwirken und dieses Projekt im Mittelfristigen Finanzplan darstellen und die Renovierung des Pfarrhofes auch als Leaderprojekt aufarbeiten.

Wir sagen, dieser Grundsatzbeschluss wäre ein erster Schritt und darum haben wir ihn auch eingebracht. Damit man weiß, hat die Gemeinde Interesse ja oder nein.

Bgm. Plaimer dankt für die Antragstellung und fragt, ob es Wortmeldungen dazu gibt.

GRM. Lindner:
Ich habe mir den Antrag ganz genau angehört und ich arbeite ja im Pfarrhof mit und wir stimmen allem zu, nur beim Mittelfristigen Finanzierungsplan kann man nicht mitstimmen, denn wir haben noch keine Zahlen, keine Ziffern. Wir wissen noch nicht, was alles kostet, da kann man nicht ins Blaue hinein einem mittelfristigen Finanzierungsplan zustimmen, wenn man noch nicht weiß, was kommt. Wir sind natürlich alle interessiert, was in den Pfarrhof hineinkommt und was gemacht wird Aber beim Mittelfristigen Finanzierungsplan – nein, da glaube ich nicht, dass wir heute da schon irgendeinen Weg finden.
GRM. Kronelia Haselsteiner:
Ich kann da der Elfriede (Lindner) nur beipflichten. Es ist nur eine Ideenfindung. Diese ist ja noch gar nicht abgeschlossen. Es sind ja vom Gemeinderat viele dort anwesend, bei dieser Arbeitsgruppe, und ich glaube auch, dass wir zuerst einmal ein grobes Gerüst, was wir wirklich machen kann und haben muss, um auch an die Finanzierung zu denken.

GVM. Mayrhofer:
Wenn ich die Finanzierung anspreche ist das sicherlich so, wir wissen, das ist ein Prozess auf Jahre, das ist klar. Umgekehrt ist der Mittelfristige Finanzplan dazu da, dass man auch Mittel für künftige Projekte vor sieht. Wenn ich bei einem Ergebnis bin und sage okay, das wollen wir und so wird es, dann ist die nächste Situation, dass kein Geld da ist und da ist es schon so, dass man ein wenig berücksichtigen sollte, dass man einen kleinen Betrag oder einen Betrag auf Jahre vorsieht und das auch im Mittelfristigen Finanzplan darstellt. Aus meiner Sicht.

GVM. Prihoda:
Da muss ich leider dazu sagen, und ich bin auch im Umweltausschuss, wo man das ganze behandelt hat und dort klipp und klar durch die Bank alle der Meinung waren, dass sich die Gemeinde das nicht leisten kann etwas mit zu finanzieren. Jeglich Anträge aber keine Finanzierung, weil wir es nicht haben. Für mich ich der komplette Antrag ohne weiteres annehmbar, aber nur mit dem gestrichenen Mittelfristigen Finanzplan. Mich wundert, dass das nicht mit hineingekommen ist, dass ja Ausschussberatungen waren und man dort zu Anschauung gekommen ist, wir können uns das als Gemeinde nicht leisten. Wenn ich von Haus aus weiß, das kann ich mir nicht leisten, wie soll ich das in den Mittelfristigen Finanzplan hinein nehmen und das widerspricht jeder Logik.

GVM. Haselsteiner:
Ich habe noch etwas dazu und ich möchte einen mündlichen Antrag stellen:
Der Bürgermeister wird ersucht, bei der OÖ. Landesregierung, LR Viktor Sigl, die Aufnahme der Gemeinde Pfarrkirchen in das Programm der Dorf- und Stadtentwicklung zu beantragen. Begründung: Die Aufnahme in das Dorf- und Stadtentwicklungsprogramm ist die Voraussetzung um weitere Förderungen aus den EU-Leadergeldern zu bekommen.
Also das ist eine ganz eine wichtige Geschichte. Wir müssen zuerst dort hinein, und erst dann können wir das weiter ausbauen auch wg. EU-Förderungen. Darum würde ich ersuchen.

Bgm. Plaimer erklärt, dass der Antrag von Frau Haselsteiner als Zusatzantrag zu werten ist.

GVM. Ing. Gruber:
Ich finde das sehr positiv von Frau Haselsteiner. Ich möchte aber noch was die Mittelfriste Finanzplanung meine subjektive Meinung kundtun. Wir haben heute weder über einen Betrag gesprochen, noch über eine Jahreszahl gesprochen. Das ist eine Grundsatzentscheidung wo wir sagen, ja okay, wenn Fakten am Tisch liegen, werden wir uns überlegen, wie wir das im Mittelfristigen Finanzplan unterbringen. Das heißt auch, dass es nicht unbedingt jetzt schon sein muss es ist eine Grundsatzerklärung, wo wir sagen, ja okay, wir sind am Thema und wir werden in Verbindung mit dem Pfarrgemeinderat dieses Thema auch in dieser Richtung verfolgen. So ist das gemeint und die Mittelfristige Finanzplanung herauszustreichen finde ich nicht produktiv.

GRM. Elfriede Lindner:
Darf ich dazu noch etwas sagen:
Wir wissen noch nicht was es kosten und was Daten und Fakten sind. Das ist das Ganze. Wenn man heute schon weiß, was das kostet, dann kann man auch im Mittelfristigen Finanzplan vielleicht auch zustimmen aber wissen noch gar nichts, wir sind mitten in der Planungsphase und es ist noch zu früh, über das Finanzielle zu sprechen. Es dauert bestimmt noch einige Sitzungen bis man weiß, was sagt der Baumeister, was sagt das Bundesdenkmalamt und da ist man dann bestimmt dafür. Aber jetzt ist es noch verfrüht.
Für meine Begriffe noch einige Sitzungen zu früh.
GVM. Ing. Hausmann:
Vielleicht dass wir „die Kuh wieder vom Eis herunter kriegen“ wie man so schön sagt, vielleicht ein kleiner Kompromiss. Ich verstehe den Antrag von der ÖVP auch hinsichtlich Mittelfristiger Finanzplan. Auf der anderen Seite verstehe ich auch die Argumente was von Seiten der FPÖ-Fraktion gekommen sind und auch von meiner Fraktion. Was wäre, wenn man den Antrag so ein bisschen abändert und zwar dass man sagt, wenn sich die Gemeinde entscheiden wird, selber Geld in die Hand zu nehmen, dass man das dann unmittelbar in den Mittelfristigen Finanzplan aufnimmt. Wenn die Gemeinde sagt zu einem späteren Zeitpunkt, wir sind reine Vermittler hier, andere Unternehmungen werden das ganze leiten und wir investieren kein Geld, dann ist das obsolet. Ich glaube, dann ist das eindeutig, was gemeint ist, und somit kann man dem getrost zustimmen.

Bgm. Plaimer:
Das heißt jetzt, dieses Projekt wird im Mittelfristigen Finanzplan dargestellt, wenn die Gemeinde Pfarrkirchen die klare Entscheidung trifft, in welcher Form finanziert wird oder auch nicht.

Vor der Abstimmung wiederholt Frau GR Kornelia Haselsteiner nochmals ihren Zusatzantrag.

Bgm. Plaimer:
Grundsätzlich aus meiner Sicht danke ich all jenen Personen, gleich welcher Fraktion sie angehören, für ihr Bemühen, mit der Kirche zusammen im Geiste dessen, was wir im Arbeitskreis Pfarrkirchen gestalten gemeinsamt mit der Pfarre und der Gemeinde sich bemühen und sich einbringen um der Neugestaltung des Pfarrhofes und alles was sich darum rankt, positiv mit zu gestalten und auch dabei mit zu wirken. Dass das sicherlich ein Jahrhundertprojekt ist, weil es für unsere Gemeinde ein großes Projekt ist, ist auch klar und dass wir diese Geschichte mit dem Land OÖ. mit der Dorfentwicklung eine begrüßenswerte Sache ist. Ob es leaderfähig ist, wird dort zu entscheiden sein. Ich bedanke mich auf jeden Fall bei all denjenigen, die willens sind, dieses Projekt gemeinsam mit der Pfarre und der Gemeinde durchzuführen und durchzubringen. Ich bin froh und ich bin bei diesen Sitzungen selbst nicht aktiv beteiligt, ich höre von Frau Lindner, ich höre von Frau Haselsteiner und ich höre von euch welche Intentionen dort getroffen werden und ich bin wirklich sehr froh, dass wir da einen Geist der Gemeinsamkeit - und vielleicht hängt das wirklich mit dem kirchlichen Segen zusammen – diese Dinge durchführen können und ich bitte um Zustimmung zum Antrag der ÖVP Pfarrkirchen plus dem Zusatz von Frau Haselsteiner und dem geänderten Mittelfristigen Finanzierungsplan.

Beschluss:
Der Antrag von GVM. Mayrhofer wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Gemeinderat eine Entscheidung treffen soll – einen Grundsatzbeschluss – über die geplante Pfarrhofsanierung, dass wir unser Interesse an evt. freiwerdenden Räumlichkeiten im Pfarrhofgebäude z.B. für Jugend, Seniorenaktivitäten, für verschiedene Vereine, Arztpraxen, Büros usw. bekunden, bei der Planung entsprechend mitwirken und dieses Projekt im Mittelfristigen Finanzplan darstellen und die Renovierung des Pfarrhofes auch als Leaderprojekt aufarbeiten.
Weiters gilt als beschlossen, dass Bgm. Plaimer ersucht wird, bei der OÖ. Landesregierung, LR Viktor Sigl, die Aufnahme der Gemeinde Pfarrkirchen in das Programm der Dorf- und Stadtentwicklung zu beantragen und dieses Projekt erst im Mittelfristigen Finanzplan dargestellt wird, wenn sich die Gemeinde entscheiden wird, selber Geld in die Hand zu nehmen.

TOP 7) Güterweg Kleinort – Einreichungsverordnung;

Im vergangenen Jahr wurde der Güterweg Kleinort hergestellt. Der Gemeinderat hat am 21. Juni 2002 u.a. auch die Einreihungsverordnung für den Güterweg Kleinort beschlossen.
Beim Ausbau des Güterweges wurde jedoch die Trassenführung verändert, sodass neuerlich eine diesbezügliche Verordnung vom Gemeinderat zu beschließen ist.
Hiezu liegt der Vorentwurf des Vermessungsplanes des Amtes der OÖ. Landesregierung der Verordnung zugrunde.

Antrag:
Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die beiliegende Verordnung für den Güterweg Kleinort entsprechend dem zugrunde gelegten Vorentwurfes des Vermessungsplanes des Amtes der OÖ. Landesregierung beschließen.
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die beiliegende Verordnung für den Güterweg Kleinort entsprechend dem zugrunde gelegten Vorentwurfes des Vermessungsplanes des Amtes der o.ö. Landesregierung gilt daher als beschlossen.

TOP 8) Ansuchen um Beitrag aus der Fassadenaktion (Wimmer, Brandstätter);

a) Franz und Johanna Wimmer:

Die Ehegatten Franz und Johanna Wimmer, Möderndorferstraße 15 haben mit Schreiben vom 25. März 2009 um einen Betrag aus der Fassadenaktion angesucht.
Das Haus Möderndorferstraße 15 wurde im Jahre 1982 umgebaut und es wurde eine Garage errichtet. Es musste daher jener Teil berechnet werden, der entsprechend der Richtlinie für die Gewährung vom finanziellen Mittel aus der Fassadenaktion zur Anrechnung kommt.

Entsprechend dieser Berechnung ist der Betrag um ein Drittel zu kürzen.
Die Fläche der Fassade neu beträgt 354 m², jene die auf den Altbestand (errichtet vor 1960) entfällt 233,66 m².
Die Rechnung Malerei Ploner enthält Facharbeiter und Lehrlingsstunden sowie für die Holzuntersicht Materialaufwand. Die Kosten für den Materialaufwand betragen
€ 749,16. Die Materialrechnung des Baumeisters Winter beträgt € 6,541,85. Das ergibt insgesamt € 7.291,01.
Entsprechend den Richtlinien für Baumeister und Malerarbeiten beträgt die Förderung 10 % des Rechnungsbetrages max. € 726,73.
Es kommt der Maximalbetrag verkürzt um ein Drittel zur Anwendung, das ergibt einen Förderbetrag in Höhe von € 484,44.

Antrag:
Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass den Ehegatten Wimmer für die den Fassadengestaltung ein Beitrag in Höhe von € 484,44 gewährt wird.
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass den Ehegatten Wimmer für die den Fassadengestaltung ein Beitrag in Höhe von € 484,44 gewährt wird.

b) Katharina Brandstätter:

Mit Schreiben vom 14. April 2009 hat Frau Katharina Brandstätter um einen Beitrag aus der Fassadenaktion für die Fassadenerneuerung des Wohnobjektes Mühlgruberstraße 13 angesucht.
Dem Ansuchen liegt eine Rechnung vom Malerbetrieb Wolschütz in Höhe von
€ 5.640,-- vor.
Die Höchstförderung beträgt bei Färbelung der Fassaden (Malerarbeiten) 10% des Rechnungsbetrages max. € 363,36.
10% der Rechnungssumme sind € 564,-- und übersteigt den maximalen Förderbeitrag.
Somit ist vom maximalen Förderbeitrag auszugehen, der entsprechend der Förderrichtlinie verkürzt wird, weil nur ca. 54 % der Fläche - Altbau, vor 1960 errichtet –
entfällt. Das ergibt einen Förderbeitrag in Höhe von € 196,21.

Antrag:
Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass Frau Brandstätter für die Fassadengestaltung ein Beitrag in Höhe von € 196,21 gewährt wird.
Beschluss:
Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass Frau Brandstätter für die Fassadengestaltung ein Beitrag in Höhe von € 196,21 gewährt wird.

TOP 9) Mobiles Jugendzentrum;

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der heutigen GR-Sitzung nicht behandelt und abgesetzt.

TOP 10) Allfälliges

a) Der Bürgermeister berichtet:
   1. Morgen haben wird den Umwelttag in der Gemeinde, d.h. das ist eine Aktion des Bezirksabfallverbandes, an der wir uns beteiligen. Wir treffen uns um 8.30 Uhr am Bauhof. Die eingeladenen Vereine werden unser Gemeindegebiet wieder etwas säubern.
   2. Die Tourismuskommission Bad Hall-Kremsmünster ist wieder neu zu konstituieren. Von der Gemeinde Pfarrkirchen werden Frau Kornelia Haselsteiner (Mitglied) und

NR Dipl.-Ing. Deimek (Ersatzmitglied) wie bisher entsandt. Als Vertreter der Wirtschaft wird Herr Walter Striegl (Mitglied) und Herr Franz Eder (Ersatzmitglied) entsandt.

3. Gestern haben wir einen Spatenstich vorgenommen am Gemeindefeld im Beisein der Gemeindevorstandsmitglieder zur Errichtung des Wohnbaues der Fa. Eigenheim GesmbH. Gott sei Dank war das Wetter entsprechend und schön. Das bedeutet, dass wir nach vielen Beratungen und Sitzungen und Entscheidungen nun doch so weit kommen, dass die Eigenheim mit dem Bau dieser Räumlichkeiten in absehbarer Zeit beginnen wird.

b) GVM. Mayrhofer:

Derzeit wird ja die Wartberger-Landesstraße im Bereich „Krennholz“ verlegt und ausgebaut. Die alte Trasse wird ja vermutlich rekultiviert und den angrenzenden Grundnachbarn übereignet. Mein Vorschlag wäre, es soll geprüft werden, ob es nicht sinnvoll ist, die alte Trasse nur teilweise zurück zu bauen und einen Streifen von ca. 2 m als künftigen Geh- und Radweg zu belassen. Das kommt meiner Meinung nach wesentlich billiger, als den Grund zu verkaufen und in ein paar Jahren vielleicht einen neuen Geh- und Radweg wieder bauen zu müssen. Der verbleibende Geh- und Radweg wäre bestens ausgebaut und asphaltiert und würde von den Bevölkerung sicher angenommen und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen.

Bgm. Plaimer dankt für den weiterführenden Hinweis. Ich glaube mich zu entsinnen, dass wir damals bei den Grundverhandlungen dieses Thema bereits angesprochen haben. Ich kann jetzt aber nicht ad hoc sagen, wie weit das in die Planung mit eingeflossen ist. Wir haben diesen Punkt sicher angesprochen, weil wir mit der Marktgemeinde Wartberg sogar Übereinkunft erzielt haben, dass wir den Radweg weiterbauen. Amtsleiter ich bitte dich, in die notwendigen Projektunterlagen und Protokolle, die es ja geben muss Einsicht zu nehmen. Ich denke, wir haben damals mit Weitblick – damals war GRM.a.D. Gutbrunner noch – diese Sache aufgenommen.

GVM. Mayrhofer: Das wäre wichtig.

Bgm. Plaimer: Aber natürlich, denn wir haben damals gesagt, dass wir den Zusammenschluss Pfarrkirchen-Wartberg mit den Geh- und Radweg irgendeinmal herstellen werden. Wichtig ist, dass Wir diesen Abschnitt absichern.

c) GVM. Mayrhofer: Ich hätte noch eine Frage an Herrn NR Dipl.-Ing. Deimek.

Du hast ja in der letzten GR-Sitzung angekündigt, dass du gegen das Prüforgan der BH Steyr-Land rechtlichte Schritte einleiten wirst. Wie schaut das jetzt aus?

GRM. Deimek:

Es schaut so aus, dass wir das nicht machen, weil der Zweck oder das was herauskommen wird wenig nutzt und außer dass er vielleicht eine  kriegt. Sonst wird nicht recht viel herausschauen und da ist uns lieber, dass die Beziehung mit der Gemeinde Pfarrkirchen besser bleibt was aber nichts am Behördlichen  ändert.

Mayrhofer: War das dann Populismus?

NR GRM. Dipl.-Ing. Deimek: Das machen wir grundsätzlich nicht.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 6. März 2009 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.